

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 145

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörnisdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Ehlendorfer, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. V. F. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 266

Mittwoch, den 14. November 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Verleichtsverfahren, das zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Bandfabrikanten Franz Alwin Kölsche, alleinigen Inhabers der Firma Merkel & Kölsche in Pulsnitz, Albertstraße 18/20, eröffnet worden ist, wurde durch Beschluß vom 23. Oktober 1928 nach Befristung des angenommenen Vergleichs aufgehoben.

Der Befristungsbefehl ist rechtskräftig.

Amtsgericht Pulsnitz

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Der Dampfer „Berlin“ meldete durch Funkpruch, daß er am Mittwoch um 4 Uhr (amerikanischer Zeit) das Feuerschiff „Ambrose“ erreichen werde. Ein von der „Berlin“ geretteter Schiffbrüchiger trieb mit einem Rettungsring 22 Stunden auf hoher See. Der Sturm hält nach wie vor an.
Von dem gesunkenen amerikanischen 11 000 Tonnen-Dampfer „Bestris“ ist die Befahrung bis auf 35 Menschen gerettet worden.
Der Dampfer „Wyoming“ meldet, daß er eine Anzahl Tote gesichtet habe. Er suche heute noch weiter, obwohl er keine Hoffnung mehr habe, noch Lebende zu finden. Die Entsendung der „Los Angeles“ halte er nicht mehr für nötig.
Die schwedische Akademie beschloß am Dienstag nachmittags, den literarischen Nobelpreis für 1927 Professor Henri Bergson und den für 1928 der Norwegerin Sigrid Undset zuzuerkennen.
Nach Meldungen aus Pistoja (Italien) ist dort eine Typhusepidemie ausgebrochen. 18 Schulkinder wurden ins Krankenhaus gebracht.
Im Piemont (Italien) stürzte ein Lastauto infolge eines Defektes der Bremse 30 Meter tief in einen Abgrund. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Zwei der Insassen waren auf der Stelle tot. Die drei übrigen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus nach Trient gebracht, wo ihr Ableben schließlich zu erwarten ist.
Am Nachmittag des Dienstag wurde in der Sitzung des estländischen Parlaments der Rücktritt der Regierung Tomassons verlesen. Wie verlautet, dürfte die Neubildung der Regierung der Partei der Kandidaten übergeben werden. Als Kommander Staatsältester wird Professor Dr. Konik genannt.
In der Nähe von Comala (Mexiko) kam es anlässlich des mexikanischen Wahlkampfes zu einem schweren Gefecht zwischen Rebellen und Bundesstruppen, wobei die Rebellen 32 Tote und die Regierungstruppen 12 Tote zu beklagen hatten.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

(Blühende Blumen Mitte November.)
Wohl ganz selten dürfte es vorkommen, daß Mitte November noch die Rosen blühen und neue Knospen treiben. Auf Gräbern und in den Gärten kann man jetzt solche sehen. Seit Wochen blühen auch die Weichsen wieder und erfreuen die Vorübergehenden durch ihren lieblichen Duft. Und bei Fortbestand der fast sommerlichen Witterung werden auch da und dort bald wieder Himmelschlüßelchen blühen, wie solche vor einiger Zeit auf sonnigen Wiesen im Betschengebirge bei Reichenberg in Böhmen eingetroffen waren. — Die ausfliegenden Bienen kehren sogar mit Höschen zurück. — Die Salweide hat bereits solche Knospen getrieben, daß sie bei Anhalten gleicher Witterung um die Weihnachtszeit in Blüte stehen wird. — (Blühende Zweige) kann man im Winter haben, wenn von Kirichen, Flieder, Pfämen usw. jetzt Zweige mit Blütenknospen abgetrennt werden, die man ins Wasser stellt. Anfangs bringt man das Gefäß in ein kaltes Zimmer, später in die warme Wohnstube oder Küche, wo sich die Knospen entwickeln können und auch richtig ausblühen. Das Wasser muß immer die Wärme des Zimmers haben.
— (Pflichten des Chauffeurs und des Lokomotivführers bei nicht gesicherten Eisenbahnübergängen.) Wird eine Fahrstraße von einem mit Schranken nicht versehenen Schienenweg überquert und sind hierbei die Sicht- und Hörverhältnisse besonders ungünstig, so daß ein nahender Zug von der Straße aus erst wenige Meter vor dem Bahnübergang und dann nur auf geringe Entfernung wahrgenommen werden kann, dann muß sich der Führer eines Kraftwagens der gefährlichen Kreuzung so langsam nähern, als dies nach Lage der Verhältnisse technisch möglich ist. Um sich zu vergewissern, ob ein Zug naht, muß er in angemessener Entfernung vor dem Bahnübergang anhalten und den Motor abstellen. Diese Verpflichtung besteht unabhängig von der Verpflichtung zum Anhalten an der Warnungstafel, die eine vorgängige Wahrnehmung der Annäherung eines Zuges voraussetzt. Aber auch die mit dem Vorfahrtrecht ausgestatteten Eisenbahnzüge müssen an derart gefährlichen Stellen mit erheblicher herabgeminderter Geschwindigkeit und mit einer auf das äußerste gesteigerten Vorsicht gefahren werden. (R. G. v. 25. 11. 27, I 559/27.)

Das Reich beteiligt sich an einer Filmgesellschaft

Mitteilungen des Reichsfinanzministers im Haushaltsauschuß des Reichstages

Der Kampf um den Panzerkreuzer — Bemerkenswerte Äußerungen Briands zur Reparationsfrage

Im Haushaltsauschuß des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Mitteilung, daß das Reich die Absicht habe, sich an der Emelka-Filmgesellschaft zu beteiligen. Das Reich könne einem Pool mit einer Beteiligung von etwa 80 Prozent beitreten, wozu nur 2 Millionen Reichsmark notwendig seien. Ein finanzielles Interesse liege bei den Herren, mit denen das Reich zusammengehen wolle, nicht vor. Das Reich habe ein kulturpolitisches Interesse an der Beteiligung an der Filmgesellschaft.

Zum Teil wurde an den Plänen des Reichsfinanzministers Kritik geübt. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Reich nur 4 1/2 Prozent des Aktienbestandes wirklich übernehmen werde. Der Reichsfinanzminister erklärte aber, daß dem Reich die notwendige Stellung im Aufsichtsrat und in der Leitung gesichert sei.

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer befürchtete, daß das Reich später weitere Aktien übernehmen müsse. Für die Deutschnationalen wies in einer breit angelegten Rede Dr. Quast darauf hin, daß man seinerzeit dem Kapitän Dohmann aus seiner Beteiligung an einem ziemlich guten Filmunternehmen (Phoebus) einen starken Vorwurf machte. Man habe die Phoebus-Aktien verkauft und sei nun genötigt, ähnliche Filmaktien wiederzuerwerben. Man wolle das Filmwesen sozialisieren. Das laufe auf eine ähnliche Ausnutzung des Films hinaus wie die des Radios, für die der Reichsinnenminister einen Beweis geliefert habe.

In einer Erwiderung auf den Vorredner erklärte

Reichsinnenminister Severing,

das Reich habe sich bereits in der Kriegszeit an Filmgesellschaften beteiligt. Die kulturelle und staatspolitische Einwirkung sei heute so notwendig wie in der Kriegszeit, um uns eine Notwehr gegen Privatmonopole und einen

geistigen Schuß zur Sicherung der Republik

zu verschaffen. Auch müsse man die Filme auf ein höheres künstlerisches Niveau bringen. Federführende Ressorts seien das Finanz- und das Wirtschaftsministerium. Er habe aber das Gelegenheit ergriffen, mitzumun. Das Reichsinnenministerium müsse dafür sorgen, daß die Bildungsmöglichkeiten an das Reich herangebracht werden würden. Es handle sich um keine Sozialisierung und um keine Beeinflussung von parteipolitischen Zwecken. Sein Vorredner habe auf seine Rede im Radio angespielt. Er habe mit dem Reichspostminister eine politische Funktionäre verabredet. Sie solle künftig allen Parteien — ohne Angriffe auf andere Parteien — zur Verfügung gestellt werden.

Der Kampf um den Panzerkreuzer

Berlin, 14. November. Wie der „Vorwärts“ meldet, berichtete Reichstagsabgeordneter Müller nach dem Empfang durch den Reichspräsidenten und nach einer Unterredung mit Reichswehrminister Groener einem engen Kreis von Politikern über die beiden Unterredungen. Auf Grund dieses Berichtes stellt der „Vorwärts“ fest, daß sich der Reichspräsident mit sehr großer Entscheidung für den Bau des Panzerkreuzers eingesetzt habe und daß der Reichswehrminister Groener mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls der bekannte sozialdemokratische Antrag in der Panzerkreuzerfrage eine Mehrheit finde. Dagegen entspreche es nicht den Tatsachen, daß der Reichswehrminister auch für den Fall mit dem Rücktritt gedroht habe, daß der Reichstagsabgeordneter mit seiner Forderung gegen den Panzerkreuzer stimme. Eine gewisse Verschärfung der Lage sei auch durch das Bekanntwerden der Nachrichten entstanden, daß der Reichswehrminister bereits Aufträge in Höhe von 32,3 Millionen Mark erteilt habe. Formaljuristisch möge der Reichswehrminister durch den § 24 der Haushaltsordnung gedeckt sein, politisch betrachtet sehe die Sache aber anders aus. Die Sozialdemokratie werde ihren Versuch, den Beschluß des alten Reichstages durch einen Beschluß des neuen Reichstages wieder aufzuheben zu lassen, fortsetzen. Die voreilig gegebenen Aufträge könnten dabei kein Hindernis bilden. Nach Auffassung des „Vorwärts“ würde die verknüpfte Lösung aller Schwierigkeiten darin bestehen, daß jeder Abgeordnete und Minister einfach nach seiner Überzeugung stimme und daß sich dann alle der Entscheidung des Reichstages fügen. Diese Lösung wäre schon deshalb richtig, weil man eben mit Krisenbedingungen die Sozialdemokratie von ihrer Haltung nicht abbringen

könne. Nach dem „Vorwärts“ ist auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Meinung, daß es unzumutbar wäre, über die äußere politische Lage zu reden, solange die Panzerkreuzerfrage nicht entschieden sei.

Wie nach dem Demokratischen Zeitungsdienst verlautet, wird Reichstagsabgeordneter Müller bei Beginn der Panzerkreuzerdebatte eine Erklärung abgeben, in der darauf hingewiesen werde, daß die Mitglieder der Reichsregierung bei ihrer Entscheidung am 10. August sich lediglich von budgetären Gesichtspunkten leiten lassen mußten und daß sie im Hinblick auf den sozialdemokratischen Antrag sich auf Grund der Ausgestaltung nicht gebunden fühlten.

Bemerkenswerte Äußerungen Briands zur Reparations- und Räumungsfrage

Paris, 14. November. Die erste Nummer der neu erschienenen französischen Wochenzeitschrift „Grignone“ veröffentlicht eine bemerkenswerte Unterredung mit Briand, worin er sich über seine Politik in den letzten beiden Jahren äußert. Briand betonte, daß es im Vertrag von Versailles zwei Punkte gebe, die die französischen Beziehungen zu Deutschland schwierig gestalten. Deutschland habe das Recht, in jedem Augenblick bezüglich seiner Reparationszahlungen zu verlangen, daß man aufs neue den genauen Stand seiner Einnahmequellen prüfe, die ihm eine Zahlung oder Nichtzahlung erlauben. Andererseits könne es behaupten, daß es nach der treuen Ausführung der Vertragsbedingungen als Gegenleistung die vorzeitige Räumung des Rheinlandes beanspruche. Er habe immer gewollt, so sehr Briand fort, und er wolle noch weiter, diesen vorläufigen Zustand, wodurch alles jederzeit in Frage gestellt werden könne, durch etwas Endgültiges ersetzen. Dieses Ziel habe er verfolgt und verfolge es weiter, überzeugt, daß eine Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen, die bald von einer Annäherung gefolgt werden, das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens, der Ruhe Europas und man könne sogar sagen, der Zivilisation sei. Zur Anschlussfrage erklärte Briand, Deutschland sei nicht einmütig in dem Wunsche, den Anschluss zu verlangen. Im Augenblick gebe es in dieser Hinsicht keine unmittelbare Gefahr. Der Anschluss sei nicht für morgen, Frankreich habe übrigens, um ihn zu verhindern, Kräfte in der Hand und werde nicht zögern, sie zu benutzen.

Was geschieht für die Liquidationsgeschädigten?

Eine vorläufige Erklärung des Reichsfinanzministeriums.
Berlin. Der Reichstagsauschuß für die Liquidations- und Verdrängenschäden beschloß, einem Ersuchen auf Anhören stattzugeben, das verschiedene Interessentenverbände von Kriegs- und Liquidationsgeschädigten an den Ausschuss gerichtet hatten.

Auf verschiedene Anfragen des Abg. Laverrenz an die Regierung gab Ministerialdirektor Dorn (Reichsfinanzministerium) eine vorläufige Erklärung ab, in der er ausführte, daß bisher

rund 100 000 Anträge auf Gewährung von Unterstufungen aus dem Härtefonds gestellt worden seien. Die Entscheidung darüber erfolge nach bestimmten Grundsätzen.

Eine weitergehende Berücksichtigung von verspäteten Anmeldungen, für die sich der Abg. Laverrenz ausgesprochen hatte, führe zu einer Kürzung der Beihilfen aus dem Härtefonds, da der Stand der Reichsfinanzen eine Erhöhung der schon zur Verfügung gestellten Mittel nicht ermögliche.

Zur Frage der

Mobilisierung von Schuldbuchforderungen

erklärte der Redner, daß der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sich dieses Geschäftes nach bestimmten Grundsätzen angenommen habe und daß auch ein unter Führung der Preussischen Staatsbank stehendes Bankkonsortium zusammen mit dem Reich 25 Millionen Mark zur Beleihung von Schuldbuchforderungen durch die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen bereitgestellt habe. Das Reichsfinanzministerium tue von sich aus alles, was ihm möglich sei, um diese Möglichkeiten der Mobilisierung nutzbar zu machen.